

PETA Deutschland e.V.

Landwirtschaft: Gemäß Bundesregierung (BT-DS 19/3195) werden tierhaltende Agrarbetriebe in NRW im Durchschnitt nur alle 14,7 Jahre durch Amtstierärzte kontrolliert. Befürwortet Ihre Partei mindestens jährliche Kontrollen von tierhaltenden Agrarbetrieben durch Amtsveterinäre?

Wir sehen beim Tierschutz in erster Linie nicht in der Gesetzgebung, sondern oftmals in der Umsetzung geltenden Rechts erhebliche Defizite. Die für den Rechtsvollzug zuständigen Veterinärverwaltungen der Länder müssen personell so ausgestattet werden, dass sie ihrer wichtigen Aufgabe vollumfänglich nachkommen können. Kontrollen müssen effizienter, besser aufeinander abgestimmt und aussagekräftiger angelegt werden. Wir plädieren für bundesweite Standards für die Veterinärkontrollen sowie für einen verbesserten Austausch zwischen den Ländern. Die Aufsichtspraxis wollen wir einer Aufgabenkritik hinsichtlich zusätzlicher bürokratischer Pflichtaufgaben auf allen Ebenen unterziehen. Die vorhandenen Instrumente sollten ebenfalls auf ihre Wirksamkeit hin überprüft und stets Verbesserungspotentiale ausgeschöpft werden.

Ernährung: Die „Tierproduktion“ zählt zu den umwelt- und klimaschädlichsten Industrien. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass zumindest in Einrichtungen der öffentlichen Hand täglich ein veganes Gericht zur Auswahl stehen muss?

Viele Verbraucherinnen und Verbraucher wünschen sich bei Lebensmitteln einen besseren Überblick, um souverän mit Fragen der gesunden Ernährung umgehen zu können. Wir setzen uns deshalb für ein umfassendes Angebot von öffentlich zugänglichen Informationen ein. Ernährungsbildung soll Wissen über gesunde Ernährung vermitteln, auch um die Wertschätzung für gute Lebensmittel zu steigern. Hiermit wollen wir bereits in der frühkindlichen Bildung beginnen. Verpflichtende politische Vorgaben für Ernährungs- und Lebensweisen lehnen wir ab. Wir wollen stattdessen regionale Wertschöpfungsketten stärken. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die vom Land betriebenen Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung bei der Vergabe vor allem auf die Regionalität und Saisonalität von Produkten achten sollen. Dies reduziert die Anfahrtswege und Kühlketten, leistet einen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz und fördert gleichzeitig die regionale Landwirtschaft.

Tierverbrauch/Lehre: Für die Lehre an Universitäten (Sezierkurse Biologie u.a.) werden viele Tiere „verbraucht“ – obwohl einige Hochschulen bereits Studiengänge ohne Tierverbrauch anbieten. Werden Sie sich für ein zeitlich definiertes Ende des Tierverbrauchs für die Hochschul-Lehre einsetzen?

Wissenschaft und Forschung sind gemeinsam mit Unternehmen die größten Treiber für Innovation und Fortschritt. Hochschulen sind seit jeher Orte des Experimentierens und des Erkenntnisgewinns. Dafür braucht es Offenheit, Meinungs- und Forschungsfreiheit und Neugier auf die Chancen des Fortschritts. Das beinhaltet selbstverständlich auch, dass die Methoden der tierversuchsfreien Forschung in Nordrhein-Westfalen weiterentwickelt und verbessert werden. Ziel liberaler Politik ist es, durch Fortschritt Tierversuche obsolet zu machen. Wir sind optimistisch, dass in Zukunft keine Tierversuche mehr nötig sind, da entsprechende alternative Forschungsmethoden entwickelt wurden. Ein grundsätzliches und sofortiges Verbot von Tierversuchen lehnen wir jedoch ab. Insbesondere bei der Erforschung von Therapiemöglichkeiten für schwerste Erkrankungen sind Tierversuche oftmals unerlässlich. Solange in diesem Bereich keine gleichwertige Ersatzmethode vorliegt, sind Tierversuche, die zum Wohle der Allgemeinheit durchgeführt werden, legitim und notwendig. Gemäß des Prinzips der Wissenschaftsfreiheit entscheiden die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen frei über die

Ausgestaltung der wissenschaftlichen Lehre sowie über die eingesetzten Methoden und Hilfsmittel. Wir sind überzeugt, dass die Hochschulen mit dieser Freiheit äußerst verantwortungsbewusst umgehen und dazu beitragen werden, nicht erforderliche Tierversuche zu vermeiden und den Anteil deutlich reduzieren.

Jagd In NRW: töten Jäger pro Jahr ca. 50.000 Füchse – meist ohne „vernünftigen Grund“ im Sinne des Tierschutzgesetzes. Werden Sie sich im Rahmen einer Jagdgesetznovelle dafür einsetzen, dass Füchse nicht mehr flächendeckend, sondern allenfalls im begründeten Einzelfall getötet werden dürfen?

Wir sehen, dass beim Schutz von Bodenbrütern wie Rebhuhn, Feldlerche oder Auerwild eine unbürokratische Prädatorenregulierung zwingend notwendig ist. Füchse haben keine natürlichen Feinde. Eine Bejagung des Fuchses ist notwendig, da zu hohe Fuchsbestände sehr häufig die Tollwut und die Verbreitung des Fuchsbandwurms nach sich ziehen. Wir vertrauen den Jägerinnen und Jägern in unserem Land, die ehrenamtlich und staatlich geprüft mit viel Sachkunde und Zeit unsere Natur schützen, hegen und pflegen.

Hundehaltung: Niedersachsen hat seit der Einführung des „Hundeführerscheins“ 2013 positive Erfahrungen hinsichtlich der Anzahl der Beißvorfälle verzeichnet. Wird sich Ihre Partei für die Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises für angehende Hundehalter einsetzen?

Aus unserer Sicht verhält sich der Großteil der Hundehalter in NRW sehr verantwortungsbewusst. Im Zuge der Corona-Pandemie hat die Zahl der Hundehalter deutlich zugenommen. Die Folgen sind noch nicht gänzlich absehbar, müssen aber eng im Blick behalten werden. Wir stehen einem verpflichtenden Sachkundenachweis pauschal für alle Hundehalter kritisch gegenüber. Zudem gibt es bereits Regelungen für die Haltung gefährlicher Hund.

Angeln ohne Tierköder: Laut Tierschutzgesetz darf ein Tier nur aus einem „vernünftigen Grund“ getötet werden. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass auch tote Fische und wirbellose Tiere angesichts der Verfügbarkeit von künstlichen Ködern nicht mehr beim Angeln verwendet werden dürfen?

Wir sehen Angeln als wichtige Naturverbundenheit. Die Vereine und Mitglieder sind die Umweltschützer vor Ort, die sich um eine gesunde Flora und Fauna unserer Gewässer kümmern. Gleichzeitig ist es auch ein Hobby, das altersübergreifend und interkulturell eine Gemeinschaft pflegt. Vielmehr ist es dem ehrenamtlichen Engagement der Anglerinnen und Angler zu verdanken, dass so manche Fischarten nach Deutschland zurückgekehrt sind. Die Angeltätigkeit ist aus unserer Sicht kein Gegenpart zu Naturschutzziele. Deswegen lehnen wir auch pauschale Verbote und Beschränkungen der Angelei ab.

Tierschutz-Verbandsklage: Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass das Tierschutz-Verbandsklagerecht wieder eingeführt wird?

Tierschutz und Tierwohl sind für uns eine Selbstverständlichkeit. Die Durchsetzung und Gestaltung des Tierschutzrechts gehören laut Artikel 20a des Grundgesetzes in die Hand des Staates. Für den Rechtsvollzug haben die Veterinärverwaltungen der Länder zu sorgen. §16a des Tierschutzgesetzes

gibt ihnen dabei ein durchaus scharfes Schwert an die Hand. Einem gesonderten Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen stehen wir daher ablehend gegenüber.

Pferde/Karneval: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Nutzung von Pferden bei Rosenmontags- und ähnlichen Umzügen landesweit untersagt wird?

Pferde sind seit Jahrhunderten ein fester Bestandteil von Festumzügen. In unserer Regierungsverantwortung haben wir neue Leitlinien zum Umgang mit Pferden beim Einsatz in Karnevalsumzügen erarbeitet. So braucht zukünftig jedes Pferd mindestens eine Begleitperson und es müssen entlang der Strecke mehrere Möglichkeiten vorhanden sein, Pferde aus dem Zug herauszuführen. Außerdem muss jeder Punkt der Etappe innerhalb von zehn Minuten für einen Tierarzt erreichbar sein. Es hat oberste Priorität, körperliche oder psychische Schäden bei Pferden zu vermeiden und dass Tierärzte diese vor dem Einsatz kontrollieren. Tier und Reiter müssen dabei angemessen auf ihren Einsatz vorbereitet werden und dafür qualifiziert sein.